
VLK Hessen

VLK-HESSEN BESCHLIESST PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG

17.11.2013

Die VLK-Hessen fasste auf ihrer Landesdelegiertenversammlung am 16. November 2013 folgenden Beschluss einstimmig:

PRU?FSTEINE FU?R EINE NEUE HESSISCHE LANDESREGIERUNG

Antragsteller: VLK-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenversammlung mo?ge beschlie?en:

Die VLK-Hessen sieht die ku?nftige hessische Landesregierung in der Pflicht, in der kommenden Legislaturperiode besonderes Augenmerk auf folgende Themen zu legen:

1. KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STA?RKEN

Die Prinzipien der Subsidiarita?t und Konnexita?t mu?ssen sta?rkere Beachtung finden.

Unerfu?llbare Anforderungen und unbezahlbare Aufgabenzuweisungen an die Kommunen sind nicht hinnehmbar. Der kommunale Finanzausgleich muss in einer Weise reformiert werden, die sowohl dem Ballungsraum als auch dem Verdichtungs- und la?ndlichen Raum die Erfu?llung ihrer unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte ermo?glicht. Er muss Fehlanreize ausschlie?en, den Wettbewerb fo?rdern, Leistungsanreize bieten und funktionelle, soziale und regionale Besonderheiten beru?cksichtigen. Der Schutzschirm fu?r hessische Kommunen war eine gute Ma?nahme, um die Haushalte dauerhaft defizita?rer Kommunen zu sanieren. Interkommunale Zusammenarbeit ist eine gute Mo?glichkeit der Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung und verdient einen ho?heren Stellenwert. Der Strukturwandel im la?ndlichen Raum muss aktiv gesteuert

werden.

2. VIELFALT, INTEGRATION UND CHANCENGERECHTIGKEIT

Eine liberale Gesellschaft ist eine Chancengesellschaft. Von einer gelungenen Integration und einer erfolgreichen Bildungspolitik ha?ngen sowohl der Wohlstand ku?nftiger Generationen als auch der soziale Frieden in Deutschland ab. Es ist eine Selbstversta?ndlichkeit, dass der Staat im Rahmen seiner Daseinsvorsorge seine Aufgaben fu?r Bildung und Integration leistet, aber nur mit dem privaten Engagement von Bu?rgerinnen und Bu?rgern, Vereinen und Stiftungen ko?nnen die gesellschaftlichen Probleme gelo?st werden. Die hessischen Kommunen haben beim Ausbau der Kinderbetreuung eine immense Kraftanstrengung auf sich genommen und ihren Beitrag fu?r nachhaltige Erfolge in der Bildungs- und Integrationspolitik geleistet. Eine Toleranz- und Willkommenskultur ist fu?r den Ballungsraum eine Wettbewerbsfrage, fu?r den la?ndlichen Raum geradezu eine U?berlebensfrage.

Die bisherige Landesregierung hat im Bereich der Schul- und Bildungspolitik in Hessen Ma?sta?be gesetzt. Die aktuelle Lehrerversorgung ist in Hessen so gut wie nie.

Die Einfu?hrung der selbsta?ndigen Schule war ein Meilenstein und kann den Schulen vor Ort Gestaltungsspielra?ume verschaffen, wo man am besten beurteilen kann, welche Probleme und Notwendigkeiten bestehen. Die Einfu?hrung islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Regie war ein mutiger und weitsichtiger Schritt.

3. STRASSEN, SCHIENEN UND SCHNELLES INTERNET

Es darf keinen Stillstand beim Ausbau der Infrastruktur geben. Das betrifft nicht zuletzt den extrem belasteten Ballungsraum, den wichtigsten Verkehrsknoten Europas.

Hier mu?ssen der Bau notwendiger Umgehungsstra?en, der Ausbau des schienengebundenen o?ffentlichen Personennahverkehrs und wichtiger u?bergeordneter Stra?en- und Schienenprojekte weiter intensiv vorangetrieben werden, wenn das wirtschaftliche Herz Hessens auch in Zukunft einen Gro?teil der Finanzierung des gesamten Bundeslandes im bisherigen Umfang leisten ko?nnen soll. Der wirksame Schutz vor La?rm und Abgasen muss ku?nftig eine gro?bere Rolle spielen.

Als besonders vordringlich zu nennen sind hierbei die Regionaltangente West, die nordmainische S-Bahn in Richtung Hanau, die S-Bahn-Ausbauten zwischen Frankfurt und Friedberg, die S-Bahn-Anbindung von Gateway Gardens am Frankfurter Flughafen und die Riedbahn, aber auch die beiden Neubaustrecken Frankfurt–Mannheim und Hanau–Fulda. Die Landespolitik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stellen und muss sich auch erfolgreich auf Bundesebene für die Bereitstellung der erforderlichen Gelder einsetzen. Die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln (»intermodale Mobilität«) mithilfe moderner Mobiltelefone muss ausgebaut werden.

Kommunen ohne schnelles Internet (Breitband) sind nicht lebensfähig. Wir betrachten Internet als heutzutage selbstverständliche Universaldienstleistung, die jedem Bürger und jedem Unternehmen zur Verfügung stehen muss. Das Projekt Breitband in Hessen ist mit Hochdruck weiterzuführen. Binnen überschaubarer Frist muss deshalb in Hessen flächendeckendes Internet mit mindestens 6 MBit/s realisiert werden, ggf. ist der rechtliche Rahmen zu schaffen, das Angebot nach skandinavischem Vorbild auch von Kooperationen oder Konsortien bereitstellen zu lassen. Unabhängig davon sind symmetrische 50 bis 100 MBit/s anzustreben.

4. ENERGIEWENDE UND VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die Energiewende muss unter rationalen Gesichtspunkten vorangetrieben werden, das gilt besonders beim Ausbau der Windenergie. Wir Liberalen verstehen Windkraftanlagen als Kraftwerke, nicht als Symbole. Wirtschaftliche Vernunft und die Schonung von Landschaft und Bevölkerung sind deshalb zwei Seiten derselben Medaille. Die Ausweisung von Windvorranggebieten darf dort, wo auch trotz des Bevölkerungsrückgangs auch in Zukunft noch Wachstum in Hessen stattfindet, notwendige Flächenzuwächse nicht vereiteln. Der Ausbau der Stromtrassen muss seriös geplant und durchgeführt werden.

In Übereinstimmung mit dem Bundestagswahlprogramm der FDP kommt für die VLK-Hessen der unkonventionelle Schiefergasabbau mittels Einpressbohrungen (»Fracking«) generell nur mit ungiftigen Stoffen und außerhalb von Wasserschutzgebieten in Frage. Gesellschaftliche Akzeptanz und höchste Umweltstandards sind unerlässlich; der Trink- und Grundwasserschutz darf zu keinem Zeitpunkt gefährdet werden.

Den Wasserbehörden muss ein umfangreiches Vetorecht zustehen.

5. BALLUNGSRAUM FRANKFURT-RHEIN-MAIN STÄRKEN

Das Metropolregionsgesetz muss weiterentwickelt werden. Die Doppelstruktur von Regionalverband und Regionalversammlung, die übereinstimmende Beschlüsse fassen müssen, ist extrem aufwendig, ineffizient und teuer.

Die regionale Raumordnungsplanung einschließlich der Trassenfreihaltung für regional bedeutsame Infrastrukturprojekte kann auch von der Regionalversammlung und dem Regierungspräsidium Darmstadt geleistet werden. Die Konzentration von Flächenzuweisungen an den Nahverkehrssachen kann durch Flächenkontingente auf Ebene der Regionalversammlung geschehen. Die Flächennutzungsplanung könnte wieder auf die Kommunen zurückübertragen werden.

Weitere regionale Aufgaben, wie etwa die Krankenhausplanung oder die Gewährleistung der Wasserversorgung, können aus unserer Sicht am besten unter Wahrung der Eigentumsverhältnisse über Landesfachgesetzgebung geregelt werden. Der Wildwuchs bei den regionalen Gesellschaften muss bereinigt werden. Dies geschieht am besten über Anreize.

Begründung

erfolgt mündlich.